



Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Deutscher Bundestag
Berlin, 11.02.2009

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

Dr. Peter Wolff

Leiter der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Die Entwicklungsländer sind von der Weltfinanzkrise massiv betroffen. Nach dem derzeitigen Stand der Prognosen wird sich das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer 2009 gegenüber dem Vorjahr halbieren. Der Welthandel wird erstmals seit 1982 zurückgehen. Die Krise wirkt sich über zwei Kanäle aus: Zum einen über die Verschlechterung der externen Finanzierungsbedingungen, zum anderen über den weltweiten Nachfragerückgang.

Am stärksten wirkt sich die Krise zunächst in den Schwellenländern aus. Ihre Exporte sind stark rückläufig; Kapital fließt bereits seit einigen Monaten ab; die Finanzierungsbedingungen auf den Kapitalmärkten haben sich für sie drastisch verschlechtert; ihre Währungen stehen unter Abwertungsdruck; ihr Wirtschaftswachstum wird 2009 um mindestens 2-3 Prozentpunkte niedriger sein als in den Vorjahren. Dies ist im wesentlichen auf Ansteckungseffekte der Weltfinanzkrise zurückzuführen. Die meisten Schwellenländer - mit Ausnahmen in Osteuropa - haben in den vergangenen Jahren eine solide Wirtschaftspolitik betrieben. Durch Schuldenabbau, Leistungsbilanzüberschüsse und hohe Währungsreserven haben sie sich wirtschaftspolitische Handlungsspielräume erarbeitet, die bei der Krisenbewältigung genutzt werden können. Es wird aber kaum zu verhindern sein, dass öffentliche und private Investitionen zurückgehen, mit nachteiligen Folgen für Wachstum und Armutsreduzierung.

Die armen Entwicklungsländer werden mit einer gewissen Zeitverzögerung betroffen, weil sie weniger in das Weltfinanzsystem integriert sind. Wegen der rückläufigen Rohstoffpreise, sinkender Exportnachfrage, sinkender ausländischer Direktinvestitionen und sinkender Überweisungen von Arbeitsmigranten wird auch dort das Wirtschaftswachstum in 2009 voraussichtlich um 2-3 Prozentpunkte zurückgehen. Für Subsahara-Afrika, das in den vergangenen Jahren ein bemerkenswert stabiles Wirtschaftswachstum von ca. 6 % erreicht hatte, kann dies einen schmerzlichen Rückschlag für den aufstrebenden Privatsektor bedeuten.

Die Armut wird sich in den Entwicklungsländern erhöhen. Wegen der steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise in den vergangenen zwei Jahren hat sich die Zahl der Armen nach Schätzungen der Weltbank bereits vor der Finanzkrise um ca. 100 Millionen Menschen erhöht. Zwar sind die Energie- und Nahrungsmittelpreise aufgrund der Rezession gefallen. Sie bleiben aber voraussichtlich auf einem höheren Niveau als noch vor zwei Jahren. Die Realeinkommen sind dadurch bereits gesunken und werden durch den Wachstumsrückgang weiter sinken. Ebenso werden die Defizite der öffentlichen Haushalte, die bereits durch steigende Nahrungsmittel- und Energiesubventionen belastet waren, jetzt wegen sinkender



Steuereinnahmen steigen. Soziale Abfederungsmaßnahmen sind notwendig, um den Anstieg der absoluten Armut zu begrenzen. Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume sind in den armen Ländern allerdings sehr begrenzt. Während in einigen Schwellenländern (China, Brasilien) gezielte Maßnahmen zur sozialen Abfederung auf der Basis eigener Haushaltsmittel eingeleitet wurden, sind die meisten armen Entwicklungsländer auf Unterstützung durch die Geber angewiesen.

Die Krisenreaktion orientiert sich bisher im Wesentlichen am Bedarf der Entwicklungsländer mit mittlerem und höherem Einkommen. Zentralbanken und IWF haben rasch auf den steigenden Liquiditäts- und Kreditbedarf der Schwellenländer und der Länder mit mittlerem Einkommen reagiert. Die Weltbank hat eine Verdreifachung ihrer IBRD-Ausleihungen in den nächsten drei Jahren angekündigt und hat spezielle Kreditprogramme zur Handelsfinanzierung, zur Re-Kapitalisierung von Banken und zur Infrastruktur-Finanzierung eingerichtet. Sie bereitet zusammen mit anderen Gebern (Japan, China, AsDB) einen Stand-by-Fonds für Indonesien vor, um diesem Land den Gang zum IWF zu ersparen. Die IFC hat einen Investitionsfonds eingerichtet, in den asiatische und arabische Staatsfonds zunächst 1 Mrd. US \$ einzahlen sollen. Es ist sinnvoll, dass die Krisenreaktion zunächst an den Entwicklungsländern mit mittlerem und höherem Einkommen ausgerichtet ist - wegen ihrer systemischen Bedeutung für die Weltwirtschaft, aber auch wegen der sozialen Auswirkungen der Krise in diesen Ländern.

Es besteht wenig Spielraum zur Unterstützung der armen Entwicklungsländer. Bisher wurden keine Zusagen zur Erhöhung der ODA als Kompensation für die „Kollateralschäden“ der Finanzkrise in den Entwicklungsländern gemacht. Bei der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Doha wurden lediglich die bestehenden Zusagen bekräftigt. Die Weltbank hat angekündigt, von den ihr zur Verfügung stehenden IDA-Mitteln (42 Mrd. US \$) 2 Mrd. US \$ zur schnellen Auszahlung in 2009 vorzuziehen, ohne dass das Gesamtvolumen von IDA-15 dadurch erhöht würde. Es wird also darauf ankommen, dass die bilateralen Geber ihre Zusagen tatsächlich einhalten und möglicherweise, wie die Weltbank, einen Teil der zugesagten Mittel auf 2009 vorziehen, um den armen Entwicklungsländern eine angemessene Krisenreaktion – eine Mischung aus kurzfristigen sozialen Abfederungsmaßnahmen und langfristigen Investitionen - zu ermöglichen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die im EU-Stufenplan zugesagte Erhöhung der ODA bis 2010 nur dann eingehalten werden kann, wenn in den Haushalten 2009 und 2010 deutliche Aufstockungen vorgenommen werden.

Weitere Handlungsoptionen:

- Abschluss der Doha-Handelsrunde mit Konzessionen an die ärmsten Länder.
- Antizyklisches Verhalten der Entwicklungsbanken: Kapitalerhöhung bei den Regionalen Entwicklungsbanken, um eine Erhöhung der Ausleihungen analog zur Weltbank zu ermöglichen; KfW/DEG: Förderung des Privatsektors auf der Basis von Kapitalmarktmitteln (evtl. mit Zinssubventionen aus Haushaltsmitteln für LDCs).
- Förderung der Mobilisierung von eigenen Finanzressourcen in Entwicklungsländern: Unterstützung bei der Kapitalmarktentwicklung, Eindämmung von Kapital- und Steuerflucht.